

Stand: 30.04.2026 14:46:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7089

"Antisemitismus bekämpfen I: Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7089 vom 17.06.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7541 des WK vom 25.06.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025
4. Beschluss des Plenums 19/8708 vom 29.10.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025



## Antrag

der Abgeordneten **Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl, Alex Dorow, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Antisemitismus bekämpfen I: Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag darüber zu berichten,

- welche Aus- und Fortbildungsangebote für die Antisemitismusbeauftragten an bayerischen Hochschulen bereitstehen,
- an wie vielen Hochschulen der/die Beauftragte gegen Antisemitismus identisch ist mit dem/der Antidiskriminierungsbeauftragten,
- wie mit Blick auf die Hochschulautonomie sichergestellt wird, dass antisemitische Vorfälle an allen Hochschulen gleichermaßen zur Anzeige gebracht werden, wenn ein hinreichender Anfangsverdacht vorliegt,
- wie das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst eine Vernetzung der Beauftragten gegen Antisemitismus mit Polizei und Justiz einerseits und dem Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung andererseits sicherstellt,
- wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Beachtung der Hochschulautonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) eine Professur für Israelstudien errichtet werden könnte. Dabei sollten auch Möglichkeiten einer Stiftungsprofessur einbezogen werden.

### **Begründung:**

Nach dem Waffenstillstand im Gaza hält es der Landtag für umso wichtiger, dass der Kampf gegen Antisemitismus weiterhin mit höchster Priorität vorangetrieben wird. Die verschiedenen Äußerungen von Juden- und Israelhass, die sich im Zuge des Verteidigungskrieges des Staates Israel auch in Bayern gezeigt haben, dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Die hier ergriffenen Maßnahmen müssen dauerhaft angelegt sein.

Die Anhörung des Landtages zum Thema „Antisemitismus an bayerischen und außer-bayerischen Hochschulen“ machte nämlich ganz klar, dass seit dem 7. Oktober 2023 in vielen Ländern eine gefährliche Allianz zwischen linksextremen, islamistischen und

postkolonialen Strömungen antisemische Ressentiments schürt, und dass viele jüdische Studierende in Deutschland signifikant häufiger Diskriminierungen erleben als in den Jahren zuvor. Das Bemühen gegen diesen Ungeist ist eine wichtige Daueraufgabe.

An der LMU in München befindet sich der führende Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur in Deutschland. Im Jahr 2015 wurde ein Zentrum für Israelstudien gegründet. Eine Professur für Israelstudien ist jedoch bislang ein Desiderat geblieben. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass in München auch die europäische Rabbinerkonferenz ihren Sitz hat, würde ein solcher, neu einzurichtender Lehrstuhl das Angebot des Zentrums in Forschung und Lehre abrunden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst**

**Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 19/7089

**Antisemitismus bekämpfen I: Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Stephan Oetzinger**  
Mitberichterstatterin: **Verena Osgyan**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 25. Juni 2025 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Prof. Dr. Michael Piazolo**  
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung –  
 Bereitschaft 2030  
 JOIN(2025) 120 final  
 BR-Drs. 156/25  
 Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25  
BR-Drs. 167/25  
Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion: Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU  
COM(2025) 124 final  
BR-Drs. 120/25  
Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

## 4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Aktionsplan für Stahl und Metall  
COM(2025) 124 final  
BR-Drs. 169/25  
Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer  
COM(2025 79) final  
BR-Drs. 131/25  
Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Dekarbonisierung von Unternehmensflotten

COM(2025) 96 final

BR-Drs. 130/25

Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen COM(2025) 88 final

BR-Drs. 135/25

Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

COM(2025) 89 final

BR-Drs. 136/25

Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs.19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent

COM(2025) 165 final

BR-Drs. 209/25

Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs.19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze  
13.05.2025 - 05.08.2025  
Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf  
Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion  
(„Data Union Strategy“)  
23.05.2025 - 18.07.2025  
Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf  
Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,  
Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml u.a. SPD  
Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes  
Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Berichts Antrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres  
an Bayerischen Kliniken  
Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen!  
Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

<b>CSU</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>AfD</b>	<b>GRÜ</b>	<b>SPD</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen!  
Qualität im Gesundheitswesen verbessern!  
Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.:  
Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen  
Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.:  
Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln  
Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.:  
Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten  
Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU  
Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge  
der Land- und Forstwirtschaft  
Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen –  
Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall  
Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen  
monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!  
Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

22. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Kurorte in der Krise  
Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU  
Transparente und faire Versetzungsverfahren und Stellenzuweisungen von Lehrkräften  
Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Einschleusung beenden!  
Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen  
Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen,  
Demokratie stärken  
Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)  
Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren  
und „regulatorischen Sandkästen“ in Bayern  
Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten:  
Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!  
Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende  
Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr  
Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

30. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken  
Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen  
Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gemeinsam mit den Kirchen handeln:  
Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen  
Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen  
Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten  
Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Augsburger Eiskanal erhalten!  
Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas  
Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern:  
Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben  
Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!  
Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

39. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)  
Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen!  
Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Schreibkompetenz verstärkt fördern  
Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zukunft des Augsburgers Eiskanals sichern - verlässliche Trainings- und Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser  
Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Griebhammer u.a. SPD  
Kommunale Selbstverwaltung achten:  
Verbotspolitik der Staatsregierung beenden!  
Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handels- und Transparenzregister  
Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)  
Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen  
Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Gedenkort gegen Linksextremismus:  
Die „Landshut“ nach Landshut holen!  
Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!  
Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie:  
Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen!  
Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine zweite Runde:  
Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen!  
Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei  
und Infrastruktur in Bayern  
Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Holger Grießhammer u.a. SPD  
Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen –  
Anstieg der Gewalt konsequent stoppen  
Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Ja zu Olympia in München und Bayern!  
Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie:  
Referenzertragsmodell beibehalten  
Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung  
Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)  
Chance nutzen, Pendler entlasten!  
Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale  
Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung  
durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum  
Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern –  
günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen!  
Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Antisemitismus bekämpfen I:  
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien  
Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren!  
Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

59. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold u.a. SPD  
Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe an der vierstufigen Wirtschaftsschule  
Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht vor rassistischer Verfolgung  
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl, Alex Dorow, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/7089, 19/7541

### **Antisemitismus bekämpfen I: Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag darüber zu berichten,

- welche Aus- und Fortbildungsangebote für die Antisemitismusbeauftragten an bayerischen Hochschulen bereitstehen,
- an wie vielen Hochschulen der/die Beauftragte gegen Antisemitismus identisch ist mit dem/der Antidiskriminierungsbeauftragten,
- wie mit Blick auf die Hochschulautonomie sichergestellt wird, dass antisemitische Vorfälle an allen Hochschulen gleichermaßen zur Anzeige gebracht werden, wenn ein hinreichender Anfangsverdacht vorliegt,
- wie das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst eine Vernetzung der Beauftragten gegen Antisemitismus mit Polizei und Justiz einerseits und dem Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung andererseits sicherstellt,
- wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Beachtung der Hochschulautonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) eine Professur für Israelstudien errichtet werden könnte. Dabei sollten auch Möglichkeiten einer Stiftungsprofessur einbezogen werden.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Verena Osgyan

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

**Antrag der Abgeordneten**

**Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Antisemitismus bekämpfen I: Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien (Drs. 19/7089)**

und

**Antrag der Abgeordneten**

**Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren! (Drs. 19/7090)**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Dr. Stephan Oetzing. Bitte schön.

**Dr. Stephan Oetzing (CSU):** Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Der 7. Oktober 2023 war eine tiefe Zäsur. Es war nicht nur der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieser Tag hat auch das Leben der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland und in Europa verändert.

Allein wenn wir die Berichtslage seitens RIAS betrachten, sehen wir eine deutliche Zunahme von antisemitischen Äußerungen und Vorfällen seit Oktober 2023. Im Jahr 2024 hat sich die Zahl der körperlichen Angriffe und Sachbeschädigungen im

Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Fälle des israelbezogenen Antisemitismus vervierfachten sich in diesem Zeitraum.

Von Mai bis November 2024 war am Professor-Huber-Platz in München direkt vor der LMU ein Protestcamp aufgebaut, wobei es sich um das am längsten laufende Protestcamp in Deutschland handelte. Seit Ende dieses Camps verzeichnen wir zunehmend Fälle von Sachbeschädigungen in Form von Graffiti. Zudem hat die Bewegung, die dieses Camp initiiert hatte, versucht, in anderen Kontexten Demonstrationen zu instrumentalisieren und für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Erst in der vergangenen Woche wandte sich der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung gegen Antisemitismus Dr. Ludwig Spaenle gegen eine Hetzkampagne gegen den Münchner Wissenschaftler Prof. Dr. Guy Katz.

Alle diese Fälle zeigen, dass auch nach der Befreiung der Geiseln und dem Beginn des Waffenstillstands in Gaza die Bedrohung jüdischen Lebens und jüdischer Einrichtungen in Deutschland kein Ende gefunden hat. Die Berichte, die wir hier im Hohen Haus gehört haben, geben ebenfalls Anlass zur Sorge. Sowohl der Austausch im Rahmen einer fraktionsoffenen Sitzung unserer Fraktion im September 2024 und die gemeinsame Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben gezeigt, dass sich jüdische Studenten und Wissenschaftler verbalen Anfeindungen ausgesetzt sehen, und jüdische Studenten haben wörtlich davon gesprochen, dass sie sich bedroht fühlen.

Zudem wurde eine gefährliche Allianz zwischen linksextremen, islamischen und in Teilen postkolonialen Strömungen offenbar, die antisemitische Ressentiments schüren. Das ist ein absolut inakzeptabler Zustand; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, jüdisches Leben darf in unserem Land nicht von Anfeindungen, Hass und Angst bedroht sein.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Uns als CSU-Landtagsfraktion und unserem Koalitionspartner ist es deshalb ein wichtiges Anliegen, dass gerade hier entschlossen gehandelt wird. Wir begrüßen daher ausdrücklich die bereits an unseren Universitäten und Hochschulen gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium und Staatsminister Markus Blume initiierten Maßnahmen, insbesondere auch die Einrichtung von Beauftragten gegen Antisemitismus an unseren Hochschulen. Wir gehen aber noch weiter und haben als CSU-Fraktion bereits im April letzten Jahres explizit eine Erweiterung des Ordnungsrechts, eine Erweiterung des Instrumentariums von Hochschulen gefordert, wenn es um den Kampf gegen Antisemitismus geht. Insbesondere auch die Ultima Ratio, die Exmatrikulation, soll hier explizit als Möglichkeit im Hochschulrecht verortet werden, was wir im Rahmen der Novelle des Hochschulinnovationsgesetzes mit auf den Weg bringen wollen.

Hier muss die klare Linie gelten, dass an unseren bayerischen Hochschulen und Universitäten eine Nulltoleranz gegen Antisemitismus besteht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit den von uns als Regierungsfractionen eingebrachten Anträgen wollen wir im Wesentlichen zwei zentrale Dinge erreichen:

Zum Ersten wollen wir mit einem Berichtsantrag einen Bericht darüber erhalten, wie wir das Beauftragtenwesen gegen Antisemitismus durch Schulungen noch verbessern können, wie die Zusammenarbeit zwischen den Beauftragten und der Polizei und der Justiz hier optimal gewährleistet werden kann. Wir wollen in diesem Bereich auch einen Lehrstuhl ergänzend zum Lehrstuhl für jüdische Geschichte und dem Zentrum für jüdische Studien in München bekommen, der sich den Israelstudien widmet, ein Desiderat in der Forschung, wie auch Prof. Michael Brenner im Gespräch betont, eine ideale Abrundung des wissenschaftlichen Angebots hier in München, am Sitz der Europäischen Rabbinerkonferenz.

Mit dem zweiten Antrag wollen wir uns klar zu den guten Beziehungen bayerischer Hochschulen und Universitäten zu Wissenschaftseinrichtungen in Israel bekennen. Die Pflege und der Ausbau der verschiedenen Kontakte im Bereich der Wissenschaft ist auch deshalb wichtig, weil Israel als Wissenschaftsstandort viel für unsere Wissenschaftler, aber auch für Studentinnen und Studenten aus Bayern zu bieten hat. Hier sind insbesondere die Programme der beiden Münchner Exzellenzuniversitäten, der LMU und der TU, zu nennen. Gerade weil wir in diesem Jahr auch die 60 Jahre bestehenden Beziehungen auf diplomatischer Ebene zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel feiern können, ist es meines Erachtens ein wichtiges Zeichen, dass wir diese Beziehungen weiter ausbauen und intensivieren wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unseren Anträgen machen wir deutlich, dass wir als Freistaat und auch als Wissenschaftsstandort fest an der Seite Israels stehen. Wir bekennen uns mit diesen Anträgen zu unserer engen bayerischen Partnerschaft mit Israel und zur bayerisch-israelischen Freundschaft. Ich darf Sie ganz herzlich um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen bitten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion das Wort.

**Benjamin Nolte (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Was haben wir hier vorliegen? – Es sind zwei Berichtsanträge.

Im ersten Antrag wollen die Regierungsfaktionen von der Staatsregierung Folgendes wissen: Welche Aus- und Fortbildungsangebote für die Antisemitismusbeauftragten an den bayerischen Hochschulen bereitstehen, an wie vielen Hochschulen in Bayern der Beauftragte gegen Antisemitismus identisch ist mit dem Antidiskriminierungsbeauftragten, wie mit Blick auf die Hochschulautonomie sichergestellt wird, dass antisemitische Vorfälle an allen Hochschulen gleichermaßen zur Anzeige gebracht werden, wenn ein hinreichender Anfangsverdacht vorliegt, wie das Staatsministerium für Wissenschaft

und Kunst eine Vernetzung der Beauftragten gegen Antisemitismus mit Polizei und Justiz einerseits und mit den Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung andererseits sicherstellt, und zu guter Letzt, wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Beachtung der Hochschulautonomie an der LMU München eine Professur für Israelstudien errichtet werden kann.

Im zweiten Berichts Antrag geht es um die Fragen, welche Hochschulen in Bayern bereits einen Austausch

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir kennen die Anträge!)

von Wissenschaftlern und Studenten mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Israel pflegen und durch welche konkreten Maßnahmen und auf welchen Feldern der wissenschaftliche Austausch und der Studentenaustausch im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter unterstützt werden könnten.

Wir haben es hier also trotz der reißerischen Titel mit zwei völlig banalen Berichts anträgen zu tun. Wenn man sich jetzt noch vor Augen führt, dass diese beiden Berichts anträge im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst einstimmig angenommen wurden, fragt man sich erst recht, was diese Anträge hier im Plenum überhaupt noch zu suchen haben. Fazit: Viel Lärm um nichts.

(Beifall bei der AfD)

Gute Nachricht für Sie: Wir bleiben bei unserer Meinung und werden den Anträgen auch hier zustimmen und freuen uns auf die Berichte. Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist die Kollegin Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Verena Osgyan (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner, Herr Oetzing, hat es richtig gesagt: Seit dem 7. Oktober 2023, dem brutalen Angriff der Hamas auf israelische Bürgerinnen und Bürger, ist die Welt eine andere, und eben nicht nur im Nahen Osten, sondern auch bei uns. Auch wenn der Waffenstillstand in Gaza jetzt leise, sehr leise Hoffnung auf Entspannung weckt, bleibt festzuhalten: Der Antisemitismus ist in den letzten Jahren beängstigend angestiegen. Ob sich dieser Geist wieder einfangen lässt, ist ungewiss.

Als demokratische Fraktionen im Bayerischen Landtag dürfen wir nichts unversucht lassen, Haltung zu zeigen. Die im letzten Jahr verabschiedete gemeinsame Resolution "Solidarität mit Israel – jüdisches Leben in Bayern stärken" ist unser Auftrag, alle nötigen politischen Maßnahmen zu ergreifen. Mein Dank gilt hier insbesondere auch meiner Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze, die maßgeblich für uns daran mitgearbeitet hat. Dieser Auftrag betrifft eben auch unsere Hochschulen; denn sie sind ein Spiegel der Gesellschaft und keine Ausnahme. Antisemitische Schmierereien, Bedrohungen auf dem Campus, Studierende, die ihre Identität verbergen oder die Hochschule aus Angst verlassen wollen – die jüngste Umfrage der Jüdischen Studierendenunion zeigt erschreckend, wie weit verbreitet Antisemitismus an Hochschulen ist.

Wir GRÜNE haben deshalb den Aktionsplan gegen Antisemitismus an Hochschulen, den die Staatsregierung im letzten Jahr auf den Weg gebracht hat, ausdrücklich begrüßt und eine eigene Anhörung dazu initiiert. Es steht außer Frage: Der Zunahme antisemitischer Vorfälle müssen wir entschieden entgegentreten. Die Einführung von Antisemitismusbeauftragten an allen Hochschulen war ein richtiger und wichtiger Schritt. Natürlich ist jetzt, ein Jahr später, die Zeit, zu überprüfen, ob diese Maßnahmen wirken.

Auch die Wissenschaft selbst muss Haltung zeigen. In einer Zeit, in der Universitäten in anderen europäischen Ländern teilweise wissenschaftliche Kontakte zu Israel abbrechen, sagen wir klar: Das ist der falsche Weg, wir brauchen mehr, nicht weniger

Austausch. Die Initiative zu zusätzlichen Austauschprogrammen und die Einrichtung einer Professur für Israelstudien unterstützen wir ausdrücklich, natürlich immer im Rahmen der Hochschulautonomie. Denkbar wäre auch, die Professur vielleicht sogar thematisch breiter auf die ganze Region auszurichten; denn die jüngste Eskalation im Nahen Osten zeigt, wie weit wir Expertise über die ganze Region brauchen. Aber das ist dann auch den Hochschulen anheimgestellt, die das vielleicht auch noch entsprechend ausformulieren und beantragen können.

Wir werden die weiteren Schritte im Maßnahmenkatalog aufmerksam und gegebenenfalls kritisch begleiten, etwa die geplanten Exmatrikulationsmöglichkeiten, die klaren und engen Kriterien folgen müssen. Das werden wir prüfen, wenn der Vorschlag auf dem Tisch liegt. Auch ein genauerer Blick auf die Bedrohungslage ist überfällig.

Trotz dieser Vorbehalte teilen wir die Ziele der beiden vorliegenden Anträge natürlich und werden ihnen zustimmen. Ich muss aber wie im Ausschuss eine leise Kritik an der Begründung äußern. Darin ist von einer Allianz zwischen linksextremen, islamistischen und postkolonialen Strömungen die Rede. Es ist wahr: Wir müssen alle Formen des Antisemitismus vorbehaltlos in den Blick nehmen, aber dass dort der altbekannte rechtsextreme Antisemitismus nicht aufgeführt wird, halte ich an der Stelle für eine Unterlassung. Wenn wir jetzt pauschal alle Postcolonial Studies des Antisemitismus zeitigen, dann ist das aus meiner Sicht auch ein Fehler. Es gibt zwar Vertreterinnen und Vertreter dieser Denkrichtung, die sich missverständlich bis absolut problematisch und schlimmer äußern; es ist aber auch schlecht, wenn wir ein ganzes Forschungsfeld pauschal diskreditieren. In Bayern existieren da sehr renommierte Forschungseinrichtungen, zum Beispiel der Exzellenzcluster "Africa Multiple" in Bayreuth, und der kann ja wohl wirklich nicht gemeint sein.

Die Wahrheit ist, Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wenn wir ihn bekämpfen wollen, müssen wir das überall tun, nicht nur an Hochschulen. Wir brauchen Anlaufstellen für Betroffene, auch außerhalb des akademischen Bereichs. Wir brauchen natürlich Maßnahmen in Schulen und gut ausgebildete Fachkräfte in der

Jugendarbeit. In diesem Bereich erwarte ich schon noch mehr Engagement vonseiten der Staatsregierung. Genau darüber haben wir diskutiert. Antisemitische Stereotype und Narrative in Schulen zu untersuchen und wirksam zu bekämpfen, ist keine Kür, sondern Pflicht. Wir haben noch nicht genügend Erkenntnisse. Wir haben gerade gehört, es würden Maßnahmen in diesem Bereich erarbeitet. Wenn Sie sagen, das sei auf einem guten Weg, wäre es jetzt auch an der Zeit, dem Landtag darüber zu berichten, um gemeinsam diskutieren zu können.

Zeigen wir also gemeinsam echte Haltung, bekämpfen wir Antisemitismus als das, was er ist, ein tief verankertes gesellschaftliches Phänomen, –

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist vorüber.

**Verena Osgyan (GRÜNE):** – für das es keine einfachen Lösungen gibt, aber viele gute Ansätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion das Wort.

**Katja Weitzel (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn eines klarstellen: Wir stimmen diesen beiden Anträgen selbstverständlich in vollem Umfang zu. Antisemitismus zu bekämpfen, unsere Hochschulen zu stärken und die Zusammenarbeit mit Israel auszubauen, ist eine Selbstverständlichkeit und richtig. Das sollte für alle demokratischen Fraktionen und Parteien ein wichtiges Anliegen sein.

Meine Damen und Herren, die Anträge sind aber auch wieder ein Paradebeispiel für ein Phänomen im Hohen Haus: Oppositionsarbeit ist ein kostenloser Bären dienst für eine ideenlose Regierung. Wir sehen nämlich keine wirklich neuen politischen Ideen in diesen beiden Anträgen. Wir sehen eine politisch entschärfte Übernahme und Umformulierung von Vorschlägen, die die SPD-Fraktion schon im November 2024 in einem

Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen" eingebracht hat. Damals wurde die Ablehnung unseres Antrages von den Regierungsfractionen im Wissenschaftsausschuss noch sehr selbstbewusst begründet. Das ginge wegen der Hochschulautonomie nicht, man brauche noch etwas mehr Zeit, um die Lage genauer zu prüfen, und, mein persönlicher Favorit, hierzulande sei die Situation bei Weitem noch nicht so schlimm wie in anderen Bundesländern. Gemeint damit war wahrscheinlich Berlin. Offenbar hat die Zeit zum Prüfen jetzt gereicht, um sieben Monate später die Kernideen unseres damaligen SPD-Antrags in leicht anderer Verpackung einzutüten.

Ich möchte keine böswilligen Unterstellungen machen und nicht falsch verstanden werden. Es handelt sich bei den beiden Anträgen nicht um ein billiges Plagiat. Das zu behaupten, wäre auch unfair. Aber wenn man die drei Anträge nebeneinanderlegt, dann zeigt sich deutlich: Der inhaltliche Kern stammt aus einer sozialdemokratischen Feder. Die drei zentralen Punkte sind die gleichen: Antisemitismusbeauftragte stärken, Zusammenarbeit mit Israel fördern, Forschung und Wissenschaft im Kampf gegen Antisemitismus ausbauen.

Aber kommen wir von diesen Spitzfindigkeiten zu einem konkreten Kritikpunkt, den wir bei dieser ganzen Antragsreihe haben. Es fehlt ein entscheidender Punkt, nämlich die Frage und der Ausblick der Finanzierung. Meine Damen und Herren, das war übrigens eine Hauptforderung in der Anhörung vom 23. Oktober 2024. Das sagen nicht nur wir als Opposition, sondern fast alle anwesenden geladenen Experten. Ohne zusätzliche Mittel, ohne Personal, ohne strukturelle Förderung bleibt das Ganze eine Absichtserklärung.

Damit sind wir beim sprichwörtlichen Elefanten im Raum: Im Antrag steht, man wolle wissen, welche Aus- und Fortbildungsangebote für Antisemitismusbeauftragte bestehen. Das impliziert auch ein bisschen die Absicht eines zukünftigen Investments in die Ausbildung. Aber die entscheidende Frage bleibt unbeantwortet: Wie sollen die Antisemitismusbeauftragten das alles ohne weitere finanzielle Hinterlegungen, mehr

Personal und mehr Zeit eigentlich umsetzen? – Das ist unsere Kritik an diesem Antrag.

Wie schon gesagt, werden wir dem Antrag auf jeden Fall zustimmen. Das haben wir im Ausschuss auch schon getan, weil wir das für das Richtige halten. Aber wir finden nach wie vor, diese ganzen Berichte, die jetzt gegeben werden, auf die wir alle sehr gespannt warten und die wir uns genau ansehen werden, können nur der Anfang sein. Die Frage bleibt: Wie gedenkt die Staatsregierung, das auch mit finanziellen Mitteln zu hinterlegen, damit die Antisemitismusbeauftragten ihrer Aufgabe, die wichtig und richtig ist, auch vollumfänglich nachkommen können?

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht –

(Martin Wagle (CSU): Einen Redner gibt es noch!)

– Entschuldigung, Herr Kollege. – Ich erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Michael Piazolo das Wort.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das war jetzt die Retourkutsche für den positiven Bürgerentscheid zur Münchner Olympiabewerbung!)

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** – Ich glaube nicht, dass wir das darauf zurückführen können, sondern es drückt, wie ich glaube, den Willen aus, die spät-abendliche Sitzung etwas zu beschleunigen.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Willen will ich unterstützen und deshalb nur ein paar wenige Bemerkungen machen.

Die erste Bemerkung ist eine kleine Replik auf das, was Frau Weitzel gerade gesagt hat. Opposition ist nicht kostenlos in diesem Land. Opposition kostet Geld, wie wir hier sehen. Ich halte das auch für richtig.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD – Beifall des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER) – Anna Rasehorn (SPD): Qualität hat ihren Preis!)

– Jaja, vorhin war nur fälschlicherweise von kostenloser Oppositionsarbeit die Rede. Aber wir zahlen sie, wir zahlen sie auch gerne, wenn auch nicht im Übermaß. Das muss auch nicht sein.

Zweite Bemerkung: Die Regierung ist auch nicht ideenlos, sondern wir haben in den letzten Jahren viele Ideen gezeigt. Es gibt natürlich einen deutlichen Unterschied der beiden Anträge. Ich hatte das auch schon im Ausschuss erläutert. Jetzt geht es darum, die Sachlage zu klären, die auf die Anhörung und auf vieles, was wir gehört haben, zurückgeht. Deshalb haben wir diese Berichtsanträge gestellt. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst will wissen, wie aktuell vor Ort gearbeitet wird und was die Regierung plant, um anschließend als Regierungsfaktionen die richtigen Schlüsse ziehen zu können. Wir bedanken uns auch bei der Opposition für das hoffentlich einstimmige Votum. Ich entnehme der Diskussion, dass es dabei bleibt.

Letzte Bemerkung: Ich kann mich den Vorrednern nur anschließen. Antisemitismus, den wir auch hier in Bayern erleben – es geht mir nicht darum, zwischen den Bundesländern abzustufen – und den wir zum Teil auch an den Hochschulen erlebt haben, ist ein No-Go.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist gut, dass wir bei diesen Anträgen zusammenfinden und deutlich machen: Das geht mit uns nicht. Ich habe festes Vertrauen in die Staatsregierung, dass wir, wenn wir durch die Berichtsanträge erkennen, in diesem Bereich sind noch finanzielle Mittel nötig, diese gemeinsam als Fraktionen, aber auch als Staatsregierung zur Verfügung stellen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das werde ich mit voller Kraft unterstützen. Ich weiß, dass das die Kollegen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der CSU-Fraktion und der Staatsregierung ebenfalls tun. Meine sehr verehrten

Damen und Herren, es wird dann diesbezüglich keinen Haushaltsvorbehalt geben, sondern wir werden mit voller finanzieller Kraft einsteigen und alles bekämpfen, was in dieser Republik mit Antisemitismus zu tun hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön und noch mal Entschuldigung, dass ich Ihre Wortmeldung vorhin übersehen habe. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt wird hier jeweils das Votum im federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Kunst.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD und der SPD. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt: Diesen zwei Anträgen ist zugestimmt worden.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 10 aufrufe, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion um Absetzung der Tagesordnungspunkte 12 und 13 gebeten hat. Diese werden in einer der nächsten Plenarsitzungen aufgerufen.